

Halleische Zeitung

1918 Nr. 538

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75, halbjährlich RM. 7,00, jährlich RM. 13,50, einschließlich Postgebühren. Für den Rest des Reichs monatlich RM. 1,50, vierteljährlich RM. 4,50, halbjährlich RM. 8,50, jährlich RM. 16,50, einschließlich Postgebühren. **Halbesche Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf 7801, 5608—5610. **Verlagsbesitzer:** R. S. Waischen-Bäre. — Postfachfoto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Montag, 21. Oktober

Anzeigenpreis: halbesche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf 7801, 5608—5610. **Gesellschaftliche Berlin:** Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Karstadt 27, 8290. **Exakte Berliner Schriftleitung.** — Verlag im Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Amerikas Antwort an Oesterreich

Eine Ohrfeige für Wien

Wilson's Antwort an Wien
Als wir die Auflösung Oesterreichs in vier selbständige Staaten besprochen, haben wir unserer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß Oesterreich-Ungarn zum mindesten von dem Standpunkt der Antwortorte Wilsons verdammt sein müßte. Die vorliegende Note scheint unsere damalige Auffassung zu bestätigen, denn ihre, allerdings noch weitergehenden Forderungen, bewegen sich ganz in der Richtung der „Neuordnung“ Oesterreichs. Der Präsident Wilson erkennt zwar an, daß die österreichische Regierung wohl mit der Anerkennung seines Befehls begonnen habe, aber er gibt gleichzeitig seinen Unmut darüber zu erkennen, daß man in Wien noch nicht so weit gegangen sei, als er erwarten zu können sich berechtigt halte. Da die Wiener Regierung jedoch geantwortet habe, daß sie immerhin mit Verlust und Abbruch am sei, befiehlt der Präsident in Amerika nicht die Verhandlungen an, sondern erklärt nur, daß er den gegenwärtigen Vorschlag nicht in Erwägung ziehen könne, und er deutet mit Bezug auf die Ungarischen zugleich an, in welcher Weise man in Wien fortzufahren habe. Auch hinsichtlich der Tschechen gehen seine Forderungen weiter, als bisher geäußert worden ist. Wilson erinnert daran, daß die Tschechen in der Zukunft gegen die bolschewistischen kampfenden Tschecho-Slowaken als neue kriegsführende Partei anerkannt seien und daß deshalb die in seinen Bedingungen festgelegten Bedingungen einer Ergänzung bedürftig seien. Diese Ergänzung wird jedenfalls in der Richtung zu liegen sein, daß der tschechische Staat, einschließlich der dort wohnenden Deutschen, also ganz Böhmen, aus dem österreichischen Staatsverbande ganz auscheiden soll und sich der Entente aus unmittelbarer anschließung zu schließen hätte. Oesterreichs sämtliche tschechischen Truppen zu entlassen, die als selbständiges Heer dann gleichfalls als Reich zwischen Deutschland und Oesterreich ständen und dem Deutschen Reiche von Süden her in den Rücken fielen. Die Möglichkeit einer solchen Kombination scheint besonders dann ein, wenn man sich die Wilsonschen Forderungen bezüglich Polens und die Niederwerfung Bulgariens vergegenwärtigt. Durch die Bildung des selbständigen tschechischen Staates würde die direkte Verbindung mit Böhmen und von dort über die Ukraine und die Donau zum Mittelmeer hergestellt sein. Die Entente könnte dann von Bulgarien bis Böhmen eine Amphibionne aufstellen und auf diese Weise Oesterreich-Ungarn ohne weiteres zu beherrschender Kapitulation zwingen. Was dann aber mit dem Deutschen Reiche geschieht, zumeist auch eine Erhebung Anhalts und Thüringens in Betracht gezogen werden muß, kann man sich leicht vorstellen. Man sieht daraus, worauf die Wilsonsche Forderung auf die Tschecho-Slowaken abzielt und was die Entente mit der „Neuordnung“ Oesterreichs beymagt. Ein weiteres „Ganzes“ hätte Oesterreich-Ungarns würde besten Unterordnung in des Wortes eigenständiger Bedeutung sein und damit auch die Katastrophe des Deutschen Reiches nach sich ziehen.

Diesem vernünftigen Inhalt der Antwort Wilsons steht im Widerspruch der Entente, den sie antwortet. Der Präsident Wilson gibt sich als der Weisheitsbrüder, dessen Durchbruch unter allen Umständen nachkommen ist. Die Note ist von einem Genuß durchdrungen, der in seiner zur Note getragenen Selbstverständlichkeit geradezu unerträglich wirkt. Wilson behandelt Oesterreich-Ungarn und Deutschland nicht als Amerika ebenbürtige Staaten, die einander gegenständig — auch noch etwas zu verlangen haben, sondern als reumütige Arrindflehende Trödeln, die jede Gemüts- und Willensänderung des Reiches einfach hinnehmen müssen. Selber kann man nicht sagen, daß die Weisheitsbrüder eine solche Behandlung unerbittlich erziehen. Wie im Privatleben, so wird auch im Völkerleben jeder Staat so behandelt, wie er es sich gefallen läßt.

Kriegsfrage und Friedensverhandlungen

(Erklärung unseres Sonderberichterstatters)
Köthen, 19. Oktober.
Aus London wird gemeldet, daß die weitere Entwicklung der Kriegsfrage mit umso größerer Aufmerksamkeit verfolgt werde, als sie den Schlüssel der diplomatischen Aktion bilde. Während der in den letzten Wochen von den alliierten Mächten regierte Staatsministerin bisher als Beweis der unermüdbaren deutschen Niederlage betrachtet wurde, wird nunmehr aus der lauffähigen Klärung so wichtiger Punkte die Ozean-Brücke und Duval der Schluß gezogen, daß die deutsche

Washington, 19. Oktober.
Eine Note vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Reiches in Schweden folgende Note gerichtet:

Staatsdepartement, 18. Oktober.
Rein Peril
Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. zu bekräftigen, worin Sie eine Mitteilung der R. u. S. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermitteln. Ich habe jetzt den Auftrag von Präsidenten, Sie zu erwidern, so freundlich es sein, der R. u. S. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:
Der Präsident hält es für seine Pflicht, der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Botsche vom 8. 10. sich ereignet und notwendigerweise die Geltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Bereinigten Staaten anbeten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formuliert, kam die folgende vor:

„Friedensleitung ohne Rücksicht auf Verantwortlichkeiten unbefehligt das Ziel verfolgen, den strategischen Durchbruch und damit die Auslösung der Schlachtfront zu verhindern. Die Frontlinie mußte zuvor die Rückverlegung der deutschen Front in Händen als großen militärischen Erfolg, läßt aber durchdringen, daß durch die Maßnahmen der deutschen Friedensleitung die von General Koch angelegte Entsendung immer wieder verzögert werde. In diesem Zusammenhang wird den Maßnahmen des Generals Maurice im „Dach Zetepops“ eine besondere Bedeutung beigegeben. Der General tritt mit bemerkenswerter Entschiedenheit der Auffassung entgegen, daß Deutschland bereits geschlagen sei und nicht in der einseitigen Durchführung der deutschen Operationen ein heftiges Moment, das unter Umständen die Sinne der Entente empfindlich beeinflussen könne.“

Die Rheinlande als Pfand

Wer in Wirklichkeit die Imperialisten und Eroberer der Welt sind, zeigen uns die französischen Zeitungstimmen. Der „Gaulois“ schreibt unter dem 6. Oktober: Bis zur vollständigen Wiederherstellung der (von den Deutschen) besetzten Gebiete müßte man den den deutschen Einfluß zum Opfer gefallenen Franzosen und Belgiern die Städte und Dörfer der Rheinlande mit ihren Fabriken, Werkstätten, Wohnhäusern, und ihrem Ackerland — bei vorübergehender Verletzung ihrer Einwohner — zur Verfügung stellen. Dieselben würden sich dort einzufinden und das Land, die Wälder, Fabriken usw. für ihre Rechnung ausbeuten, bis sie wieder in ihre Heimat zurückgehen könnten... alles dies, wohlverstanden, ohne Rücksicht der empfindlichen Wirkung hinsichtlich des linken Rheinuferes.

Dänemark fordert Schleswig

Die in Wilsons 14 Punkten formulierten Friedensbedingungen haben neben dem ausgezeichneten Willen des Volkes den Beweis des weiteren Erfolg gehabt, daß nun auch Dänemark seinen „Anspruch“ auf das deutsche Reichgebiet anmeldet. Die gesamte dänische Presse fordert die Abtretung von Nord-Schleswig in so ungesammelter Weise, daß sich selbst die „Nord. Allg. Ztg.“ veranlaßt sah, aus ihrer — allerdings verhältnismäßig — Zurückhaltung herauszutreten. Sie meint, bei diesen Ansprüchen dürfe es sich um die Wiederherstellung des Zustandes des zwölften Jahrhunderts und Oesterreich im Jahre 1806 geschlossenen Friedens von Prag handeln, worin der Kaiser von Oesterreich dem König von Preußen seine zwei Jahre früher erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein mit der Maßgabe abtrat, daß die Bevölkerung der nördlichen Dänische von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen. — In Reichstagskreisen wird davon gesprochen, daß die dänischen Wünsche sich bereits in einer offiziellen Note an die deutsche Regierung veräußert hätten, in welcher dem Deutschen Reiche nahegelegt werde, den 8. des vorigen Jahres endlich durchzuführen, nämlich dem Reichstagen von Schleswig-Holstein durch eine Volksabstimmung Gelegenheit zu geben, darüber zu entscheiden, ob er künftig zu Preußen oder zu Dänemark gehören wolle.

Den Vätern der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie, deren Platz unter den Nationen wie geküßt und geküßt zu sehen müßten, sollte die Gelegenheit zur autonomen Entwicklung gemächt werden.

Seit dieser Zeit geschrieben und vor dem Kongreß ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Bereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem deutschen und Oesterreichisch-ungarischen Reich besteht, und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto eingesetzte Regierung ist, die mit der entscheidenden Autorität ausgestattet ist und die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken selbständig leitet.
Wir haben auch in der weitgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Tschecho-Slowaken nach Freiheit anerkannt.
Der Präsident verhält beständig nicht über die Freiheit, die diese „Autonomie“ dieser Völker als eine Grundbedingung des Friedens anerkennen, sondern er ist gewonnen, darauf zu bestehen, daß die Völker als solche und nicht als Richter darüber sein sollen, welche Aktion ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihrem Rechte und ihrer Schicksale als Mitglieder der Familie der Nationen betreffen muß.

„Volksminister an die Front!“

Es ist nicht so lange her, da konnten sich die demokratischen Parteien und Zeitungen gar nicht genug tun in der Befähigung der von der Obersten Seeresleitung und dem Kriegsministerien eingerichteten vaterländischen Botschaften bei den hinter der Front und im Heimatgebiet befindlichen Truppen. Diese Aufführungsarbeit bei den Truppen war notwendig, um auch dem letzten Mann immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, wofür er kämpft und um ihn selbst wiederanzukraften, ihn zu stärken und mit Vertrauen zu erfüllen. Auf die demokratische Agitation hin ist diese seelenstärkende Arbeit, die das Meer in einem langen Kriege ebenso notwendig braucht wie Munition und Munition, aber wohl größtenteils eingestell worden. Und was erleben wir nun unter der demokratischen Regierung? Da geht der Ruf durch die Verdachtskreise „Volksminister an die Front!“ Die demokratischen Minister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre sollen an die Front gehen, um die Truppen über den wahren Stand der inner- und außerpolitischen Dinge aufzuklären. Woher nun mit einmal diese Sinnesänderung? Warum wird heute angeboten, was gestern verbannt wurde? Aber die Sache von dieser Seite anseht, wird sie inwieweit durchzuführen. Es handelt sich hier um keine Sinnesänderung, sondern um konsequente Fortsetzung und Übertragung der politischen Agitation des Meeres. Die früheren Vortragsvorträge der Militärminister waren im Prinzip und — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — auch in der Praxis neutral, keiner Partei zu Liebe oder zu Reide. Die Seeresverwaltung stand über den Parteien und verfolgte nur den einen Zweck, die Truppen geistig zu erbauen, sie mit Mut und Übermut zu stärken. Die jetzt geforderten Vorträge aber werden reinen Parteicharakter haben, denn wir haben ja nicht eine nationale Einheitsregierung, sondern einseitige Parteiregierung, und wir wissen, daß sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder nur als Sozialdemokraten fühlen und betätigen sollen und dies auch tun. Den Truppen werden also sozialdemokratische Agitationen reden gehalten, und damit würde die Parteilichkeit in das Meer getragen werden. Was die Verwirklichung einer solchen Forderung aber für profanische Folgen haben muß, ist leicht durch die Erinnerung an das sozialistische Auftreten der russischen Volksoffiziere an der Front zu erkennen. Die Auffassung der russischen Armee durch die Volksoffiziere der Truppen sollte unserer Demokratie doch eine ernste Warnung sein. Aber es zeigt sich auch hier wieder, daß jede Demokratie des geschichtlichen Sinnes und des Bewußtseins für die Realitäten des Lebens verfehlt. Demokratie kann nicht an Drogen und Wirkstoffen, die sie mit brutaler Gewalt, unbedacht jeder Wirklichkeit, zu realisieren bestrebt ist und damit doch nur unwillkürlich und niederträchtig. Demokratie bedenkelt eben Aufzucht.

Völkerrückwärts in Balaarien

Bischoff, 19. Oktober.
Aus Sofia eingetroffene Berichte bezeugen, daß die bolschewistischen Behauptungen in Balaarien sich bereits zu einem Kampflage gegen die Regierungsbüro verwickelt haben. Auf Veranlassung der Regierung wurden mehrere Deputierte sozialdemokratischer Parteien, die einen heftigen Protest gegen die revolutionäre Bewegung stellen, verhaftet.

Weiterer Rückzug in Flandern

Brügge, Thielt und Kortrijk geräumt — Bei Laon und St. Germainmont zurückgedrängt — Festschlagung des Feindes bei Voucieures, aber nirgends Durchbruch unserer Front — Persönliches Eingreifen des Generals von Puitthammer

Großes Hauptquartier, 20. Okt. Mittl.

Westlicher Kriegsschauplatz

In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. Oktober gemachten Bewegungen Brügge, Thielt und Kortrijk geräumt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen fanden heftige Kämpfe statt. Am Abend stand der Feind südlich von Thielt an der belgisch-holländischen Grenze westlich von Middelburg-Nord, bei Veere und Westergem. Nordwärts von Kortrijk stieß er mit Teilen über die Eise nach Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk-Dourain erreicht und nach Belverbis von Douai bis südlich der Linie Orchiennes-Mariennes gelangt.

An der Schiffschiffen zwischen De Cateau und der Eise trat gegen eine Kampfpause ein. In unseren neuen Linien am Gembe-Dise-Kanal und an der Eise stehen wir in beständiger Verbindung mit dem Meer.

Der Serre- und Soucheffront war tagelange das Ziel harter feindlicher Angriffe. Der nordwärts von La Perre am nordöstlichen Serre-Fluss zum Angriff vordringende Feind wurde im Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Gegen fortgesetzten südlich von Groot mit starken Kräfte geführte Angriffe im Westen südlich der Straße Kattowick. An der Straße Laan-Marcz schob der Gegner in kleinen Teilen unsere Stellung zurück. Bei der Straße der Soucheffront wurde er noch heftigen Kämpfe abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne an der Linie nach harter Feindverdrängung an und brachte nordwärts von St. Germainmont unsere Stellungen etwas zurück.

An der Aisne-Front zwischen Attigny und Cligny nimmt die Gefechtsfähigkeit des Gegners ab. Bei der Linie von Soucheffront feste er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am südlichen Aisne-Fluss. Der Kommandant der 199. Infanterie-Division, Generalleutnant von Puitthammer, brachte durch persönliche Eingriffe den feindlichen Angriff an den Höhen von Cambay zum Stehen. Südlich Cligny und Grandvillers wieder lauffähige, teilweise feindliche Reitertruppen und über-Katapulten erneute Angriffe des Gegners vor ihren Linien ab.

Auf beiden Westufer blieb die Gefechtsfähigkeit auch gestern auf beständigermaßen bestehen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Am 20. Oktober nordwestlich von Vervins wurden die feindlichen Angriffe abgewiesen. In der Linie von Tinsart wurde vom Gegner Besitz.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Amlicher Abendbericht

Belgien, am 20. Oktober, abends
Belgien hat gestern heftige Kämpfe an. Bei der Linie von Soucheffront und De Cateau sind auf breiter Front harte Angriffe des Feindes abgewiesen. Erfolgreiche Teilkämpfe im Serre-Nahkampf und vor der Höhe westlich der Aisne. Südlich von Soucheffront wurden feindliche Angriffe abgewiesen.

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsanleihe:

Seid pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.

A. Scheidemann

Der 1. und 2. Generalsbericht

Wien, 20. Oktober.

Mittl. wird veröffentlicht:
An der Südwestfront sind feindliche Angriffe abgewiesen. In den Höhen vor den Serre-Flüssen wurden unsere Bewegungen ohne nennenswerte Störungen durchgeführt. Bei der Straße der Soucheffront wurden die feindlichen Vorstöße der Feinde abgewiesen. In der Linie von Tinsart wurde vom Gegner Besitz.

Kontrolle des Großen Generalstabes

Nachdem die Mehrheit des Reichstages entsprechend der Beschlüsse des Reichstages die Kontrolle des Großen Generalstabes, also die Kontrolle zu bringen. Der Abg. Götting sprach kürzlich am 18. Z.

Der nächste Reichstag des Reichstages liegt aber in der Stellung des Großen Generalstabes. Ein früherer Chef, der Graf Schlieffen, hat jenseitig sich als den obersten Weisenden im Reich bezeichnet. Und mit Recht. Der Große Generalstab unterliegt weder dem Reichstag, noch dem Reichsanwalt, noch dem Reichsminister, noch ist er dem Reichstag verantwortlich. Er ist die mächtigste Instanz im deutschen Reich. Zu Recht unterliegt auch der Generalstab dem Reichstag, ebenso in England, in Amerika, und die Kriegführung dieser Staaten hat darunter nicht gelitten. Wollen wir zu gewinnen, den Frieden überdauern zu können, so muß auch der Generalstab dem Reichstag unterstellt werden. Der Reichstag hat wenigstens das Recht, die Stellung einer Zentralbehörde zu bestimmen; es ist selbstverständlich, daß der Reichstag die Reichsanwaltschaft unterstellt. Der Reichsanwalt ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft. Herr Götting forderte von den Unabhängigen war es, der diese Forderung vor mehr denn Jahresfrist zuerst ausbrachte. Jetzt scheint es jetzt zu sein, denn der Reichstag hat die Reichsanwaltschaft unterstellt. Der Reichstag hat wenigstens das Recht, die Stellung einer Zentralbehörde zu bestimmen; es ist selbstverständlich, daß der Reichstag die Reichsanwaltschaft unterstellt. Der Reichsanwalt ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft.

Die nächste Reichstagsitzung

Die nächste Reichstagsitzung ist nun endlich auf Dienstag, 2. November, angesetzt worden. Auch die Tagesordnung ist bereits fest.

1. Eröffnung neuer Sitzungen.
 2. Annahme des Artikels 21 der Reichsverfassung (Einführung des parlamentarischen Systems durch Verdrängung der Reichsanwaltschaft, wenn Abgeordnete in die Regierung berufen werden).
 3. Annahme des Artikels 11 der Reichsverfassung (Mitbestimmung des Reichstages über Krieg und Frieden).
 4. Bericht über die Lage der Reichsanwaltschaft.
- Man nimmt an, daß die gegenwärtige Sitzung des Reichstages bis Ende der Woche dauert.

Das Abgeordnetenhaus

Die letzte Sitzung am 4. Juli ab und wurde darauf bis zum 20. September vertagt. Die Reichsanwaltschaft im Reichstag aber noch nicht zur Verhandlung gelangt. Der Reichstag hat wenigstens das Recht, die Stellung einer Zentralbehörde zu bestimmen; es ist selbstverständlich, daß der Reichstag die Reichsanwaltschaft unterstellt. Der Reichsanwalt ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft.

Ein deutscher Volkstanz in Troppau

Zur Abwehr der geplanten tschechischen Bevölkerung durch die tschechischen Schichten im tschechischen Reich. Der Reichstag hat wenigstens das Recht, die Stellung einer Zentralbehörde zu bestimmen; es ist selbstverständlich, daß der Reichstag die Reichsanwaltschaft unterstellt. Der Reichsanwalt ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft.

hat Troppau hat, der aus allen Gatten des Reiches, langgestreckten und zumeistlich sehr nicht mit den besten Verhältnissen ausgestatteten Landes größtenteils belohnt wurde. Die Reichsanwaltschaft ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft.

Die Trennung Ungarns von Oesterreich

Substanz, 10. Oktober.

In hiesigen politischen Kreisen wird die durch die Trennung Ungarns von Oesterreich geschaffene Lücke sehr unbedeutend betrachtet und man glaubt, daß die Verhängung über die Schaffung der neuen Reichsanwaltschaft ohne große Schwierigkeiten erfolgen wird. Die Reichsanwaltschaft ist nicht die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft, sondern ist die ausführende Organ der Reichsanwaltschaft.

Chile bleibt neutral

Lugana, 11. Oktober.

Den tschechischen Kreisen wird aus Santiago gemeldet, daß der neue Reichsanwaltschaft im Namen der Regierung in seiner Eigenschaft als Reichsanwaltschaft die Verhängung abgelehnt habe, daß die tschechische Regierung einwilligen sei, auch im weiteren Verlauf des Krieges ihre Neutralität zu wahren und zu allen Vorfällen tschechische Beziehungen zu unterhalten.

Halle und Umgebung

Halle, 21. Oktober.

Nachricht des Reichs. Komm. Generals des 4. H. R. Die die Halle, 21. Oktober, wird der Reichsanwaltschaft im Namen der Regierung in seiner Eigenschaft als Reichsanwaltschaft die Verhängung abgelehnt habe, daß die tschechische Regierung einwilligen sei, auch im weiteren Verlauf des Krieges ihre Neutralität zu wahren und zu allen Vorfällen tschechische Beziehungen zu unterhalten.

kommt. Während des Krieges hat er sich in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

— **Kollektivverein.** Die Tätigkeit des Vereins im neuen Jahre wurde durch einen Geschäftsvertrug über die Führung der Vereinsangelegenheiten, seine Geschäfte und deren Verwaltung zu erfüllen, zu dem Ende hat der Verein am 1. Oktober G. Promoth als Vorstandsmitglied und Chef des Vereins gewählt. Der Verein hat sich am 1. Oktober in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

Provinz Sachsen

g. Dömitz, 20. Okt. (Ausgewählungen). In den Provinz Sachsen sind die Wahlen am 1. Oktober in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.

g. Dömitz, 20. Okt. (Der 22. Geburtstag). In der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden. b. Wöhrer ist 66 Jahre alt. 1870 war er in der Halle bei den Oden befunden.